

Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Ansträger vierteljährlich 3,00, monatlich 1,30 M.

Redaktion und Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46
Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Zeile oder deren Raum 60 Pfg., Verksammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 50 Pfg., answärtige Anzeigen 80 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Ämtliches Publikationsorgan der Arbeiter- und Soldatenräte.

Nr. 85.

Donnerstag, den 10. April 1919.

26. Jahrg.

Weltbewegung.

Die Ereignisse prasseln auf uns hernieder. Täglich entstehen neue Taten vor uns, die uns vor neue Aufgaben, neue Entscheidungen stellen. Man hatte geglaubt, nach der Revolution würde Ruhe und langsame Selbsterholung einziehen in den Staatskörper, den eine unzeitgemäße Regierung zum Zerfall und zu innerem Zerbrechen gebracht hatte. Man hatte geglaubt, daß nun endlich der Wiederaufbau, die Wiederherstellung des gesamten kranken, so zerrütteten Organismus begönne.

Statt dessen raft das Blut in den Straßen, statt dessen stehen die Fabriken still, gehen die Arbeiter auf die Straße, erschüttern neue Zudungen den kranken Körper.

Aber nicht nur in unserem Staat, nicht nur in Deutschland stürmen die Ereignisse auf uns hernieder, auch das Ausland wird von den gleichen Wellen erfasst, überall Gärung, überall Wogen und Wallen und Rütteln an alten Gebäuden.

Und was ist es, was die Staaten in ihren Grundfesten erbeben macht, was an alle Tore klopf und Einlass begehrt? Es ist das Werk eines Mannes, eines Geistes, es ist die ungeheure Bewegung, die wir erlebt haben seit den Tagen der Reformation. Auch damals war es das Werk eines überragenden Geistes, Luther, der uns die Befreiung von mittelalterlichem Druck, von geistlichem Zwang und innerer Knechtung brachte, der uns aber auch das größte Elend erschauf, das Deutschland je gesehen hat, den dreißigjährigen Krieg und die Vernichtung fast aller Kultur und alles inneren Lebens.

Heute geht eine zweite Reformation durch die Welt, eine Reformation, die nicht minder gewaltig, nicht minder befreiend ist, als die von 1517. Auch diese Reformation knüpft sich wieder an einen Namen, der alles überträgt, der die Bewegung geschaffen hat und der sie trägt, ob ihn gleich lange die Erde deckt: Karl Marx.

Luther hat uns die innere Freiheit, die Freiheit vom Glaubenszwang und von der Nacht des Mittelalters gebracht, Marx aber hat uns die äußere Freiheit, die Freiheit von dem unerträglichen Joch des Kapitalismus, Militarismus, Imperialismus gebracht. Noch nicht ist sein Werk überall vollendet, noch gärt und wogt das Ganze und drängt und zermahlt die Menschen wie einst Luthers Tat, bis dann doch eines Tages die Welt bezwungen und niedergedrungen ist. „Und wenn die Welt voll Teufel wäre, es muß uns doch gelingen“, das braucht nicht nur Luthers, das kann auch unser Leitstern sein.

1517, am 31. Oktober, schlägt Luther die 99 Thesen an die Schleifstraße zu Wittenberg, sie waren der Anfang, das Manifest, der Ausgangspunkt einer Bewegung, die die geistige Welt in ihren Grundformen verändert hat, 1848, im Januar, erscheint das kommunistische Manifest, geschrieben von Marx und Engels, es sind die 99 Thesen des Sozialismus, sein Ursprung, der Ausgangspunkt alles dessen, was heute die Welt bewegt. „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus“, so beginnt das Manifest. Das, was Marx hier Kommunismus nennt, ist das, was er später und wir nach ihm als Sozialismus bezeichnen. Für die kapitalistische Weltanschauung ist der Sozialismus noch immer ein Gespenst, das man eines Tages bannen zu können hofft. Wir wollen dem Kapitalismus diese Hoffnung rauben. Die sozialistische Bewegung ist in ihrer Gesamtheit viel zu sehr verwurzelt im Volke, als daß sie jemals wieder gestürzt werden könnte.

Marcel Cachin schrieb in diesen Tagen in der Humanité, daß heute Hunderte von Millionen Proletarier für dasselbe Ziel wie die Pariser Kommunisten anno 1871 kämpfen und weilsichtige Leute schon jetzt die Anzeichen dieser Weltrevolution verspüren.

In Frankreich sind deutliche Anzeichen dieser Gärung zu sehen, der Villain-Prozeß, die Freisprechung des Mörders Jaures hat größere Wellen geschlagen, als man in den kapitalistischen Kreisen geglaubt hatte. In Teilen Frankreichs sind die Arbeiter in den Proteststreik eingetreten, ein neutrales Blatt, „Dagbladet“, meint, Jaures selber habe vor Gericht gestanden und sei von der französischen Jury verurteilt worden. Das Manifest der französischen Genossen erklärt, nur eine sozialistische Internationale werde in der Lage sein, die Ordnung der Welt wieder herzustellen.

In England scheint die Gärung vorerst zur Ruhe gekommen zu sein, aber man hat der Arbeiterpartei Zugeständnisse machen müssen, die man noch vor kurzer Zeit für unmöglich gehalten hätte. Die Sozialisierung soll eingeführt werden, und ein System von Arbeiterräten, die als Betriebsräte arbeiten, soll sich herausbilden.

Die italienischen Genossen kämpfen mit aller Erbitterung den Kampf für das Wahlrecht, sie stehen wohl jetzt am weitesten zurück, aber sie regen sich kraftvoll und lebendig unter dem Eindruck der Verhältnisse.

Man wendet ein, die russische radikale Form des Sozialismus, der Bolschewismus, habe den Sozialismus

überhaupt kompromittiert. Der Bolschewismus hat gewiß ein ganzes Land zerstört, er hat die Industrie lahmgelegt, das Blut ist geflossen, der Staat steht am Abgrund.

Es fürchtbar das alles aber ist, ist es für uns doch eine Erkenntnis: die Ideenwelt des Sozialismus ist durch diesen Mißerfolg geläutert worden. Die Maßlosigkeit, die Leidenschaftlichkeit und der Ueberchwang der russischen Seele hat das Problem in einer Form ergriffen, die deutlich die praktische Unmöglichkeit dargetan hat.

Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr: Die bolschewistische Politik hat Bankrott gemacht. Die bolschewistische Führer selbst geben zu, daß ihr Weg in die Irre geführt hat. Wir führten schon neulich an dieser Stelle Worte von Lenin an, die das beweisen.

Auch Trotski, der viel mehr links steht, als Lenin, gibt die Fehler zu. Schon im März 1918 erschien eine Schrift von Trotski, die einen Vertrag wiedergibt, den er am 28. März 1918 gehalten hat, und die betitelt ist: „Arbeit, Disziplin und Ordnung werden die sozialistische Sowjet-Republik retten.“ Schon hier schreibt er, daß dem Fachmann die Möglichkeit einer freien Tätigkeit, eines freien Schaffens gegeben werden müsse. Nach Trotskis Meinung liegt das Mißlingen der bolschewistischen Politik darin, daß man auf die Intelligenz ganz verzichten zu können glaubte. Man hat die Intelligenz, die sich nicht zum Bolschewismus bekannte, einfach ausgeschaltet oder vernichtet. Nun sagt Trotski: „Die Heranziehung von gelehrten Fachleuten ist für uns ebenso notwendig, wie die Übernahme aller Produktions- und Transportmittel, wie überhaupt aller Reichtümer des Landes zur Buchung... Wie in den toten Maschinen, so ist auch in diese Techniker, Ingenieure, Metzger, Lehrer, gewesenen Offiziere, in sie alle ein gewisses Kapital von unserem nationalen Volkvermögen hineingesteckt, das wir zu explozieren, auszunutzen verpflichtet sind, wenn wir die Grundfragen, die vor uns stehen, überhaupt lösen wollen.“ Und Lenin sagt in seinem Buch „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht“: „Ohne die Anleitung von Fachleuten der verschiedenen Zweige des Wissens, der Technik, der Erfahrung ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich.“ (S. 15.)

Der Sozialismus ist also nicht durchführbar, wenn man plötzlich alles Alte ausschaltet oder vernichtet, wenn man in einer Nacht gleichsam von vorne anfängt, sondern wie in aller weltgeschichtlichen Bewegung gibt es auch hier das Gesetz der Entwicklung, das man in Rußland vermissen hatte.

Wir wollen und dürfen den Fehler nicht machen. Vielleicht ist Rußland in dieser Reformation das Land, das die Ketten zu tragen hat für die große Erkenntnis der Fehler und damit für die Bahnbrechung und praktische Durchführung des Sozialismus. 1618 hat Deutschland den großen Krieg ertragen müssen und all das Elend, 1918 Rußland. Aber wie der dreißigjährige Krieg das Ereignis war, die die Dinge zur Klarheit, zur Entscheidung, und damit zum Sieg brachte, so kann von diesem Standpunkt aus auch das russische Ereignis, wenn es recht aufgefaßt wird, die Tat sein, die den Sieg des Sozialismus bringt. Nach einem Jahr sozialistisch-radikaler Experimente sehen wir klarer die Lage, als je theoretische Erwägungen vermocht hätten.

Nun gibt es nur eins für uns: das Gute aus den russischen Erfahrungen zu übernehmen, das Schlechte, das sich als unbrauchbar erwies, zu verwerfen.

Vor allem haben die Russen aus ihren Erfahrungen vor kurzer Zeit eine große Erkenntnis gezogen: daß das Proletariat über die Bourgeoisie nur siegen kann, wenn es einig ist. In Rußland haben sich die Kommunisten (Bolschewiki), Sozialrevolutionäre Menschewiki zusammengesetzt zu gemeinsamer Aktion gegen die Bourgeoisie, ohne daß dadurch jede der drei Parteien ihre eigene Stellung aufgibt. Gemeinsam muß das Proletariat vorgehen, nur dann kann es siegen! Nur so ist die endgültige Besiegung des gemeinsamen Feindes, des Kapitalismus, möglich, nur so ist es denkbar, reiflos die Bedingungen zu schaffen für eine sozialistische Weltrevolution. Natürlich vollzieht sich auch die Weltrevolution in ihren Formen als nationale Revolution jedes einzelnen Landes. Karl Marx sagt deshalb im kommunistischen Manifest: „Obgleich nicht dem Inhalt, ist der Form nach der Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie zunächst ein nationaler. Das Proletariat eines jeden Landes muß natürlich zuerst mit seiner eigenen Bourgeoisie fertig werden.“ Das Nationale ist die Grundlage für des Internationale.

Wir stehen noch vor großen Erschütterungen. Noch ist die Revolution der Welt nicht beendet, noch ist alles im Gären und Schwanken. Einzelne Staaten haben sich befreit, andere stehen noch tief im Kapitalismus. Was wird uns die nächste Zeit noch bringen? Denken wir daran, daß auch die Reformation Jahre und Jahrzehnte brauchte, bis ihre Errungenschaften gefestigt waren: Wir kämpfen gegen eine Welt von Feinden! Und deshalb kann nicht laut genug unser Kampfruf, der Ruf der Sozialdemokratie, erklingen:

„Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!“
In den Händen des Proletariats liegt die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte. Wie wird es entscheiden?

Nationalversammlung.

Weimar, 9. April 1919.

33. Sitzung Nachmittags 3 Uhr.

Um Regierungstisch: Schiffer.

Anträge betreffend Genehmigung von Strafverfahren gegen die Abgeordneten Hebel (Str.), sowie Geyer und Dr. Geyer (H. Soz.) werden an den Geschäftsordnungsausschuß verwiesen. Auf der Tagesordnung steht die

erste Beratung des Etats für 1919.

Reichsfinanzminister Schiffer: Der vorgelegte Etat ist noch kein Friedensetat, aber der erste Schritt zum Friedensetat. Ich habe mein Möglichstes getan, um bei den Schätzungen der Wirtschaftlichkeit nahe zu kommen. Die Summe der Schätzungen beträgt von 58,3 Milliarden am 31. Januar auf 63,7 Milliarden bis jetzt gestiegen. Die Ausgaben für Meer und Marine, die im Januar noch 8,5 Milliarden betragen, sind im Februar auf 2,7 Milliarden und im März auf 2 Milliarden zurückgegangen. Dessenungeachtet ist sich dieses Abflauen in so mächtig noch rascherem Tempo fort. Der Etat balanciert mit 13 Milliarden. gegen das Vorjahr ein Mehr von 5,7 Milliarden. Der Fehlbetrag beträgt nicht weniger als 7,5 Milliarden (hört, hört!), und dabei stehen wir erst am Anfang der Entwicklung, weil wir noch nicht wissen, wie viel wir an die Entente zahlen müssen und auch noch nicht die Lasten kennen, die wir durch eine Vereinigung mit Deutschland beibringen auf uns nehmen müssen. Der allgemeine Pensionsfonds ist mit 1,1 Milliarden veranschlagt, wir werden aber hier auf 4,1 Milliarden kommen. (Hört, hört!) Die Mehreinnahmen bei der Reichsbank sind ein Bildnis nur aus natürlichen Gesichtspunkten. Die Denkschrift über die Entwicklung der Reichsfinanzen in der Kriegszeit zeigt uns den ganzen Ernst der Lage. 1915 betrug der Fehlbetrag 220 Millionen, 1916 1,1 Milliarden, 1917 891 Millionen und 1918 wird er voraussichtlich 770 Millionen Mark betragen. Diese Fehlbeträge haben wir nicht durch Defizitanleihen, sondern aus den Erträgen der Kriegssteuern gedeckt. Das Gebot der Sparsamkeit muß auch vom Parlament dringend beherzigt werden. Das natürliche Verhältnis wäre, daß die Volkvertretung den Daumen auf den Beutel hält. (Sehr richtig!) Bei den höheren Beamten haben wir den Ministern das Entgelt für die fehlende Dienstwohnung auf die Hälfte herabgesetzt und sind auch bereit, weitergehende Wünsche zu prüfen. Die finanzielle Wirkung wird freilich keine große sein. Die flucht tüchtiger Elemente aus dem Staatsdienst in besser bezahlte Privatstellungen nimmt in bedauerlicher Weise zu. (Hört, hört!) Vorbereitet ist eine Revision des Beamtenbildungsgesetzes mit Berücksichtigung der Pension. Wir haben 1,6 Milliarden für Feuerungskosten an Beamte eingeseht. Wir könnten diese Hilfe den Beamten umso weniger verlagern, als wir gerade in dem tüchtigen, unbestechlichen, arbeitamen und genügsamen deutschen Beamtentum ein köstliches Erbe aus der Vergangenheit haben. (Lebhafte Zustimmung.) Natürlich müssen wir auch ein neues Beamtentum schaffen. Dazu sind 2 Stellen im Ministerium des Innern vorgesehen, deren eine durch einen bewährten Mann aus den Reihen der mittleren Beamten besetzt werden soll. Natürlich muß sich das Beamtentum auch bereitwillig den Pflichten unterwerfen, die sich aus seiner besonderen Stellung ergeben. (Sehr richtig!) Eine Herabsetzung der Zahl der Beamten und Behörden darf natürlich keine Ueberlastung des einzelnen Beamten verursachen, sondern der Dienst muß zweckmäßiger gestaltet werden. Die Sozialisierung im weitesten Sinne würde es mit sich bringen, daß die Zahl der Beamten erheblich vermehren müßten. Da muß ein offenes Wort gesprochen werden. Auch dem Beamtentum sind Grenzen gezogen, die nicht überschritten werden dürfen zum Schaden der Allgemeinheit. (Beifall.) Dinge, die nun einmal den freien Berufen überlassen sind, können auch von den tüchtigsten Durchschnittsbeamten nicht übernommen werden. (Lebhafte Beifall.) Es wäre ein Schaden, das Wirtschaftskleinen zu bürokratisieren. (Lebhafte Zustimmung.) Ich sage das nicht, weil ich ein Gegner der Sozialisierung bin, sondern weil ein an sich guter Gedanke schließlich Schaden anrichtet, wenn seine Ausführung mit unzureichenden Mitteln in Angriff genommen wird. (Beifall.) Die Gefahr einer Bürokratisierung droht vielleicht auch auf dem Gebiete der Presse. Wir haben im Auswärtigen Amte zwei Posten für den Pressebevollmächtigten eingerichtet und wollen damit nur alte Verhältnisse gut machen, die wir bitter haben büßen müssen. Wir versuchen dann im Ritzge das Verläumt mit großen Geldaufwendungen nachzuholen, aber der Erfolg war kein guter. Auch in der Presse läßt sich ohne Geld nichts machen, aber Geld allein tut es nicht. (Sehr richtig!) Das Instrument der Presse muß von einer kunstgewohnten Hand gespielt werden, es sind Persönlichkeiten notwendig, die zugleich Journalisten und Politiker sind. Wir leiden darunter, daß wir im Großen und Ganzen der Presse gegenüber zu viel Angst und zu wenig Respekt gehabt haben. Freilich muß auch das Uebermaß an Presseorganisation in der gegenwärtigen Verwirrung abgebaut werden. Gegen den Mißbrauch der Propaganda aus Reichsmitteln für eine einzelne Partei wird mit Entschiedenheit vorgegangen werden. Zur Durchführung der Maßnahmen gegen Kapitalabwanderung nach dem Zustande ist eine Forderung eingeleitet. Freilich muß ich angesichts der Zustände, die sich hier herausgebildet haben, darauf hinweisen, noch andere, viel eingreifendere Maßnahmen zu treffen, über die ich mich natürlich heute nicht auslassen kann. Nur soviel will ich sagen: Ich habe beschließen, zunächst eine Anzahl Herren aus meinem Ministerium zum Studium ähnlicher Vorgänge in die benachbarten Staaten zu entsenden. Anlage von Kapital im Ausland zu verbenden zwecken ist zwar etwas Gutes, aber ein recht erheblicher Teil der Kapitalisten handelt doch mit dem Golde oder wenigstens mit dem

Die Schuld an den Berliner Unruhen.

Im Untersuchungsausschuss der preussischen Landesversammlung über die Berliner Unruhen wurde vom Regierungsrat...

Der Minister des Innern, Heine, wies in einer allgemeinen politischen Uebersicht nach, dass die Unruhen vom 5. Januar planmäßig organisiert waren...

Auf eine Anfrage teilte Regierungsrat Dr. Doyd mit, dass bei den Januarunruhen 196 Personen und bei den Unruhen im März 1175 Personen getötet worden sind...

Der Untersuchungsausschuss zur Prüfung der Vorkommnisse bei den Unruhen von Januar bis März beschloss am Mittwoch, den 15. April...

Der Reichshaushaltsplan 1919.

Der Nationalversammlung ging ein Gesetzentwurf zu, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1919.

Das Ende der Sozialisierungskommission.

Die Sozialisierungskommission hat in einem Protokollschreiben an das Reichswirtschaftsamt ihre Tätigkeit niedergelegt.

Verhaftete Soldatenräte.

Aus Libau wird der „Freiheit“ berichtet, dass dort am 3. April der Militärgouverneur, General v. d. Goltz...

und die Verwaltungsbehörden demokratisiert werden, ist ganz unsere Meinung und wir arbeiten daran.

Wir wissen, dass durch solche Revolten kein Brot in die hungerigen Mägen kommt. Wir wissen, dass heute unter der Kommandierung des avarischen Rußland ein furchtbarer Hungersterben erleidet als das industrielle Deutschland.

Was kann denn im besten Falle durch das Vorhaben der Unabhängigen und Spartakisten erreicht werden? An Stelle der jetzigen Regierung treten Unabhängige und Kommunisten!

Der Gewerkschaftssekretär Krüger wurde zum Polizeipräsidenten ernannt, das Wachregiment aufgelöst, dessen Mannschaften an den Wunden stark beteiligt waren.

Politischer Generalstreik in Braunschweig.

Der „Berliner Lokalanzeiger“ meldet aus Braunschweig: Gestern vormittag trat die Arbeiterschaft zwecks resoluter Durchführung der Revolution in den Generalstreik.

In Helmstedt wurde der Generalstreik beschlossen.

Die Lage im Ruhrrevier.

hat sich verschärft. Bis auf vier Schachtanlagen wird auf allen Feldern gestreikt. 410 000 Mann sind ausständig.

In Düsseldorf wurden bei Zusammenstößen mit Regierungstruppen, die man zu entwerfen versuchte, mehrere Personen getötet.

Ein mit Entente-Lebensmitteln für Düsseldorf bestimmter Rheinbagger durfte auf Anordnung der belgischen Hafenbehörde im Düsseldorfer Hafen nicht anlegen.

Bauernstreik in Hessen.

In der hessischen Volksammer teilte Ministerpräsident Ulrich mit, dass die Landwirte im Kreise Bensheim in den Zustand getreten sind.

Neue Lohnforderungen der badiischen Eisenbahner.

Die Eisenbahnarbeiter traten mit neuen Lohnforderungen an die Regierung. Diese ist gewillt, den Forderungen zuzustimmen.

Der Schiedsspruch in der Metallindustrie abgelehnt.

Die Versammlung der Obleute der freitenden Angestellten der Groß-Berliner Metallindustrie beschloss mit großer Mehrheit, weiterzustricken.

An der Wiederaufnahme der Arbeit verhiindert.

Entsprechend dem Ergebnis der Abstimmung wollten Hunderte der Linte-Hoffmann-Werke in Breslau die Arbeit wieder aufnehmen.

dolus eventualis der Steuerhinterziehung. Die Steuern sind mit einem Gesamtertrag von 7 Milliarden eingeseht.

Bayern.

Unser Nürnberger Bruderblatt schreibt: Auf so wankem Boden steht auch das Gebilde der Räterepublik, das heute in München die Gewalt ausübt.

Es mehrheitssozialistische Versammlungen in Nürnberg sprachen sich bei ungeheurem Besuch mit übermächtigender Mehrheit gegen die Einführung der Räte-Republik aus.

Die Räterepublik in Würzburg wurde durch Soldaten, Studenten, Bürger und Arbeiter gestürzt.

Die Münchener Diktatur regiert derweilen auf dem Papier weiter und stellt zur Vorbereitung der Sozialisierung alle Unternehmungen unter gesellschaftliche Kontrolle.

Ein wiederholter Versuch zur Herstellung einer sozialistischen Einheitsfront wurde von einer mehrheitssozialistischen Versammlung abgelehnt.

Sämtliche Wohnräume Bayerns wurden nach einer Verordnung des revolutionären Zentralrats beschlagnahmt.

Die Bewegung im Reich.

Ueber die Magdeburger Vorgänge. Ueber die Magdeburger Vorgänge berichtet die Volksstimme, dass ein Haupttreiber der Unabhängigen, jetzige Kommunist Scheibel ist.

Zum 21. und 16. Armeekorps ist man an und mit dem Beschlus herantreten, alle Offiziere und Verwaltungsbehörden abzusetzen.

Den Mehrheitssozialisten wurde das Ultimatum gestellt: Entweder ihr macht mit, oder es geht über euch hinweg.

Deutsch-Böhmen Kampf für sein Selbstbestimmungsrecht.

Die deutsche Sozialdemokratie Böhmens hatte zum 1. April eine Parteivertriederung einberufen, in der Landeshauptmann-Stellvertreter Genosse Seeliger über den Kampf der Deutsch-Böhmen für ihr Selbstbestimmungsrecht berichtete. Er erklärte, daß die Partei im ganzen Volke Deutsch-Böhmen den Gedanken wachhalten und verschärfen müsse, daß der Sieg des deutschen Selbstbestimmungsrechtes vor allem von dem Maß an Kräften und Energie abhängt, die das Volk Deutsch-Böhmen in diesem Kampfe selbst aufzubringen vermag. Alle Redner brandmarkten einmütig die schwere Verfehlung der tschecho-slavischen Sozialdemokratie an den Gesamtinteressen des Proletariats, begangen durch bedingungslosen Anschluß an den imperialistischen Willen der tschecho-slavischen Bourgeoisie. Auch wenn Deutsch-Böhmen vergewaltigt werde, müsse der Kampf für das Selbstbestimmungsrecht mit der gleichen Entschlossenheit und Energie weitergeführt werden. Trotz grundsätzlichen Widerspruchs gegen die von den tschecho-slavischen Gewalthabern angeordneten Gemeindevahlen wurde die Wahlbeteiligung beschlossen, um der ganzen Welt zu zeigen, wie groß und stark an Zahl das deutsch-böhmische Volk ist.

Frankreich.

Bequädigt. Auf Vorschlag Clemenceaus hat Poincare die Todesstrafe für Cottin (der den Anschlag auf C. verübte) in eine zehnjährige Gefängnisstrafe umgewandelt.

Wahlreform. Die Kammer nahm mit 235 gegen 201 Stimmen im Prinzip die Proportionalvertretung als Grundlage für die Wahlreform an.

Schweden.

Waffenammlung der Unabhängigen. Nach dem Stockholmer „Sozialdemokraten“ hat die dortige Polizei bei einem der Führer der Unabhängigen einen großen Vorrat Gewehre beschlagnahmt. Ueber Zweck und Wege der Anschaffung dieser Waffen ist die Untersuchung eingeleitet. Das Stockholmer Volkswortblatt „Politiken“, das Hauptorgan der schwedischen Unabhängigen, behauptet, daß mit den Waffenankäufen irgend eine politische Absicht nicht verbunden gewesen wäre und daß es sich wahrscheinlich um eine Provokation handle.

England.

Wohnungsreform. Die Wohnungsgesetzvorlage, die ausgearbeitete Pläne in der Wohnungsfrage sowie die Ausrottung der schmutzigen Stadtviertel im ganzen Lande vorsieht, wurde im Unterhaus in zweiter Lesung einstimmig angenommen.

Wirtschaftliches.

Die amerikanischen Lebensmittel.

Dem Wunsche der deutschen Regierung entsprechend wurde gestern auf Veranlassung des deutschen Vertreters in Rotterdam der erste Ueberseedampfer mit Mehl, Bohnen, Fetten und Milch, zusammen etwa 8000 Tonnen, nach Bremerhaven beordert. Ferner werden in nächster Zeit in Hamburg und anderen deutschen Häfen, aus Amerika kommend, 35 000 Tonnen Getreide, Mehl und Fette erwartet.

Wiederaufnahme der dänischen Fischausfuhr. Die Fischausfuhr nach Deutschland ist zufolge Fjns Eidenbe mit Erlaubnis der dänischen Regierung wieder aufgenommen mit der Bedingung, daß Rücksicht auf den dänischen Eigenverbrauch zu nehmen ist.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Donnerstag, 10. April.

Der 1. Mai 1919 in Lübeck gefeierter Feiertag.

Der Bürgerausschuß befuhrwortete in seiner gestrigen Sitzung einen Antrag des Senates, den 1. Mai ds. Js. zum gefeierten Feiertag zu erklären.

Die Neuwahl des Lübecker Arbeiterrottes

Soll am Sonntag, den 27. April erfolgen. Vom Senat wird eine diesbezügliche Verordnung erlassen, in der bestimmt wird: Die Mitglieder des Arbeiterrates werden in unmittelbarer und geheimer Wahl nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt. Die Zahl der zu wählenden Arbeiterratsmitglieder beträgt 80. Wahlberechtigt sind alle in der Stadtgemeinde Lübeck wohnenden, gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen beiderlei Geschlechts (Angestellte, Arbeiter, Beamte, Dienende), gleichviel ob sie Deutsche oder Ausländer sind, die am Wahltag das 20. Lebensjahr vollendet haben, sofern das ihnen aus ihrem Arbeits- oder Anstellungsverhältnis zukommende Gesamteinkommen 10 000 Mk. im Jahre nicht übersteigt. Arbeitslose und Kranke sind den gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten gleich zu achten. Nicht wahlberechtigt sind Unternehmer, Solbarten, die noch nicht aus dem Militärdienst entlassen sind, und Personen, die nicht erwerbstätig sind (z. B. nicht erwerbstätige Ehefrauen und Hausfrauen). Wähler sind alle Wahlberechtigten, die im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind.

Für die Wahl bildet die Stadtgemeinde Lübeck einen Wahlkreis, der vom Statistischen Amt in Stimmbezirke eingeteilt ist. Für den Wahlkreis wird ein Wahlkommissar (das Statistische Amt in Lübeck), für jeden Stimmbezirk ein Wahlvorsteher und ein Stellvertreter für ihn vom Statistischen Amt ernannt. Der Wahlvorsteher ernannt aus dem Wahlberechtigten des Stimmbezirks 3 Beisitzer und 1 Schriftführer. Wahlvorsteher, Beisitzer und Schriftführer bilden den Wahlvorstand. Die vorstehend genannten Aemter sind Ehrenämter, die nur im Falle von ärztlich bescheinigter Krankheit oder Gehreckslichkeit, durch die die ordnungsmäßige Wahrnehmung des Amtes verhindert wird, abgelehnt werden können. Das Wahlrecht kann nur in dem Stimmbezirk ausgeübt werden, in dem der Wahlberechtigte seine Wohnung hat.

Von der Anlegung von Wählerlisten wird Abstand genommen. Die Wahlberechtigten haben sich durch ihren Meldeschein und eine Bescheinigung, die ihre Arbeitgeber ausstellen verpflichtet sind, auszuweisen. Arbeitslose haben neben dem Meldeschein die Arbeitslosenkarte vorzulegen, für deren Gültigkeit der Stempel des vorhergehenden Tages maßgebend ist. Arbeitslose, die keine Erwerbslosenunterstützung beziehen, legen statt der Arbeitslosenkarte die Invalidentarte vor. Hafenarbeiter sowie alle unständigen Arbeiter wählen, wenn sie eine Arbeitskarte besitzen, unter Vorlage dieser Karte und des Meldescheines; besitzen sie eine solche nicht, so hat ihnen der Arbeitsnachweise, der sie regelmäßig mit Arbeit versorgt, eine entsprechende Bescheinigung auszustellen. Die schiffahrtstreibende Bevölkerung, die nicht im Besitze eines Meldescheines ist, legt neben der Bescheinigung des Arbeitgebers ihre Militärpapiere oder einen sonstigen amtlichen Ausweis vor. Sie kann ihr Wahlrecht an einer beliebigen Wahlstelle ausüben. Kranke, die von einer Krankenkasse Krankengeld beziehen, oder in einer Krankenanstalt untergebracht sind und weder eine Arbeitslosenkarte noch einen Bescheinigungsnachweis in Händen haben, werden zur Wahl zugelassen, wenn sie eine von ihrer Krankenkasse oder der Krankenanstalt ausgefertigte Bescheinigung vorlegen, für die der allgemeine Bescheinigungsvordruck verwendet werden kann, nachdem das Wort „beschäftigt“ in „krank gemeldet“ umgeändert ist. Zu der aus Wahlausweis dienenden Bescheinigung des Arbeitgebers sind amtliche Vorbrude zu benutzen, die das Statistische Amt ausgibt. Die Bescheinigung des Arbeitgebers ist vom Wahlvorstand einzubehalten und die als Wahlausweis dienende Ar-

beits- oder Arbeitslosenkarte mit einem Vermerk zu versehen. Diejenigen Personen, die keine Arbeitsbescheinigungen vorlegen können, sind vom Wahlvorstand in eine Liste einzutragen.

Die Wahlvorschlüge sind bis spätestens 18. April 1919 beim Wahlkommissar (Statistisches Amt, Braunschtr. 24.) einzureichen. Jeder Wahlvorschlüge muß von mindestens 50 wahlberechtigten Personen unterzeichnet sein. Der an erster Stelle stehende Unterzeichnete gilt als Bevollmächtigter der übrigen. Jeder Wähler darf nur einen Wahlvorschlüge unterzeichnen. Von jedem vorgeschlagenen Bewerber ist eine Erklärung über seine Zustimmung zur Aufnahme in den Wahlvorschlüge anzuschließen. Jeder Bewerber darf nur auf einer Wahlvorschlügeliste stehen. Mehrere Wahlvorschlüge können bis zum 18. April 1919 miteinander verbunden werden.

Die Wahlvorschlüge sind spätestens am 20. April 1919 mit einer Nummer und Gruppenbezeichnung versehen, vom Statistischen Amt öffentlich bekannt zu geben.

Die Stimmzettel müssen von weißem Papier sein und dürfen kein Kennzeichen haben. Sie dürfen nur die Nummer und Gruppenbezeichnung des öffentlich bekanntgegebenen Wahlvorschlüges, sowie den Namen des ersten Bewerbers enthalten. Sie können handschriftlich oder auf dem Wege der Bevolmächtigung hergestellt werden; die Herstellung muß aber außerhalb des Wahlraumes erfolgen. Gewählt wird mit Stimmzetteln, die in einem vom Wahlvorstand auszuhändigenden Umschlag abzugeben sind. Abwesende können sich weder vertreten lassen noch sonst an der Wahl teilnehmen.

Die Arbeiterratsmitglieder werden auf die Wahlvorschlüge nach dem Verhältnis der ihnen zukommenden Stimmen verteilt. Die Berechnungsweise wird dem Statistischen Amt überlassen. Für die Verteilung der einem Wahlvorschlüge zugeleiteten Arbeiterratsmitglieder unter die einzelnen Bewerber ist die Reihenfolge der Benennungen auf den Wahlvorschlügen maßgebend.

Die Wahl findet am Sonntag, den 27. April 1919 von 9 Uhr morgens bis 6 Uhr abends statt.

Die in den einzelnen Betrieben bestehenden Arbeiterräte resp. Ausschüsse bleiben von Vorstehendem unberührt.

Arbeitgeber, die sich weigern, die laut § 8 vorgeschriebene Bescheinigung auszustellen, werden in jedem einzelnen Fall mit Geldstrafe von 1000 Mk. bis zu 10 000 Mk. bestraft.

Der Bürgerausschuß erwählte in seiner gestrigen Sitzung zu seinem Vorsitzenden den Kaufmann Ernst Bode und zu dessen ersten Stellvertreter Genossen Aug. Rodtjen. Beide treten an die Stellen der bisherigen Senatoren Dimper und Hoff.

Eine Ausstellung der Gefellenstücke der Tuchmacherlehrlinge wurde gestern in den Räumen der Gewerbestammer gezeigt und fand berechtigtes Interesse. Heute nachmittags von 5 bis 8 Uhr ist dort eine Ausstellung der Gefellenstücke der Schneiderrinnen zu besichtigen.

Equador. Der seiner Zeit aus Anlaß der Ermordung der Tochter des Landgerichtsdirektors Rundo und des Nordverurtheilten an der Witwe desselben vom hiesigen Kriegsgericht und im Berufungsverfahren vom Oberkriegsgericht Altona zunächst zum Tode, dann aber, nach Aufhebung des Urteils durch das Reichsmilitärgericht in der Revisionssitzung, in erneuter Verhandlung vom Oberkriegsgericht am 2. April 1917 zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilte Musiker Walter Strjokman ist nunmehr durch Verfügung des Präsidenten des Reichsmilitärgerichts begnadigt und aus der Haft entlassen worden. Schon bei der damaligen Verurteilung wurden von Seiten der Verteidigung Bedenken erhoben, ob der Beschuldigte für die Tat verantwortlich. Zwei von den vernommenen Sachverständigen hatten die Frage der Zurechnungsfähigkeit des Verurteilten bei Begehung der Tat verneint, während die beiden anderen Sachverständigen nur verminderte Zurechnungsfähigkeit annahmen. Auf Grund dieser Entzagen ist nunmehr mit Erfolg die Freilassung des Verurteilten nachgesucht worden.

Bigamie. Wegen Betrugs und Hochverrats wurde in Hamburg der Danlunagehilfe S. K. festgenommen, der in Lübeck die Tochter eines Geheimrats kennen gelernt und sie im März geheiratet hatte, worauf er mit seiner jungen Frau nach Hamburg überfährte. N., der bereits verheiratet ist und in der Gluckstraße eine Bekanntschaft hat, richtete am Wandbenderstieg für seine zweite Lebensgefährtin eine elegante Wohnung ein. Als die Sache zur Kenntnis der Polizei kam, erfolgte die Verhaftung des Bigamisten. Die erste Frau, mit der er 1913 Hochzeit machte, gab die Erklärung ab, daß sie mit ihrem Mann sehr glücklich gelebt habe. Als Rechtsanwält Dr. Carl Kall hat der Festgenommene in Lübeck und auch in Hamburg mit achtlichsten Bannieren und Stempeln Betrügereien begangen und verschiedene Personen um mehrere tausend Mark benachteiligt.

Diebstähle. Aus einem Hause in der Stockengießerstraße ist gestern eine neue schwarze Lederne Damenhandtasche abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden. In der Handtasche befanden sich 24 Mk. und Legitimationspapiere auf den Namen Frau Claasen geb. Dreves. — Am 8. d. M. mittags ist ein vor der Bahnhofpost im Schüsselbuden hingestellt gemeines Fahrrad mit schwarzem Gestell und Felgen abhanden gekommen und vermuthlich gestohlen worden. In dem Fahrrad befindet sich ein Gewerkschaftler. — In verfloßener Nacht ist von einem an der Untertrave hingestellten Wagen eine schwarze Perlenkette im Werte von 2-400 Mk. gestohlen. Die Perlenkette ist 6 Meter lang und 4 Meter breit.

Hamburg. Ein Ueberfall auf die unabhängige Hamburger Volkszeitung wurde in der Nacht zum Dienstag unternommen. Unerkannte Burden haben allen fertigen Satz und eine Anzahl von Gehften durcheinander geworfen, die Maschinen erheblich beschädigt, eine Menge wichtiger Einrichtungsgesgegenstände demoliert und schließlich Feuer angelegt. Der Feuerheer wurde gegen 4 Uhr morgens von Polizeibeamten bemerkt. Diese alarmierten die Feuerwehr, der es nach einiger Zeit gelang, das Brandes Herr zu werden. Immerhin sind auch durch das Feuer arge Vermüßungen angerichtet. Insbesondere sind zahlreiche Rollen Papier ausgebrannt und unbrauchbar geworden. — Sturm auf das Zwölft-Uhr-Mittagsblatt. Nachdem in der Nacht zum Montag die „Volkszeitung“ heimgeführt worden war, ist Mittwochs vormittags das seit kurzem erscheinende „Zwölft-Uhr-Mittagsblatt“ von einer zahlreichen Menge gestürmt worden, wobei die Einrichtung zerstört und die bereits erschienene Ausgabe vernichtet wurde. Wohin es führen soll, wenn politische Meinungsverschiedenheiten auf diesem für unsere Zeit immerhin nicht mehr ungewohnten Weg ausgetragen werden, ist nicht abzusehen. Wie wir erfahren, hatte auch die „Hamburger Partei“ einen ähnlichen Besuch zu verzeichnen. Man begnügte sich aber dort, die Fernsprechleitung zu zerreißen und den Herausgeber zu „verwarnen“. — Die Bürgergesellschaft nahm gegen alle Stimmen der bürgerlichen Parteien den Antrag Bergmann (U. S.) und Genossen an, den 1. Mai als gefeierten Feiertag festzusetzen, ebenso den Antrag Lenterich (S.) und Genossen, die Nationalversammlung in Weimar zu erfuchen, den 1. Mai als Nationalfeiertag der deutschen Republik zu erklären.

Der Generalstreik-Wahnsinn.

Eine von 1000 Personen besuchte Versammlung der Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte der Sozialdemokratischen Partei Berlins nahm außer einer Protestresolution gegen die Gewalttätigkeitspläne der Entente folgende Entschliessung einstimmig an:

Die Versammlung protestiert mit aller Schärfe gegen die Versuche der Unabhängigen und Kommunisten, die Berliner Arbeiterschaft in den Generalstreik hineinzuführen. In der gegenwärtigen Stunde, wo die Herausfassung von Lebensmitteln und Rohstoffen zur Wiederaufnahme unseres Wirtschaftslebens begonnen hat, schädigt ein Generalstreik die Lebensinteressen der Arbeiterschaft auf schwerste und bringt uns den wirtschaftlichen Tod. Die Erfahrungen zeigen, daß die Führer der Generalstreikpropaganda diesen Streik zum gewaltigen Sturm der gegenwärtigen vom Vertrauen der Vollmacht getragenen Regierung zur Auf-

richtung der Gewaltherrschaft einer Minderheit benutzen wollen. Unter den heutigen Verhältnissen bringt ein solcher Streik die Herrschaft des lichtscheuen Gefindels mit Wänderungen und Lebensbedrohungen der friedlichen Bevölkerung. Die Konferenz fordert die Arbeiterschaft auf, das Volksinteresse über das Interesse einzelner Parteien und ihrer machthaberischen Führer zu stellen und den Streik nicht nur abzulehnen, sondern mit aller Schärfe zu bekämpfen.

Auch der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Partei Leipzigs warnt mit Rücksicht darauf, daß es heißt, Volzhig solle in den nächsten Tagen wiederum einen Generalstreik in Leipzig, vor der Teilnahme an jeder solchen Demonstration und fordert die Arbeiter auf, sich gegen den Terrorismus zu wehren.

Arbeitseinstellungen im sächsischen Kohlenrevier.

Sämtliche Arbeiter der Zwickauer Metallindustrie, einschließlich der Hüttenwerke, etwa 12 000 Mann, legten gestern die Arbeit nieder. Sie veranstalteten eine Kundgebung vor dem Rathaus und der Amtshauptmannschaft. Sie fordern Erlass für die weggefallene Schwerarbeiter-Beihilfe, die Erhöhung der Fleischration auf 250 Gramm. Für den Fall der Nichtmöglichkeit Erlass für das Fehlen in Hüttenfrachten.

Seit Dienstag nachmittags sind die Belegschaften des Luwawelsniger Kohlenreviers ausständig. Die Streikenden stellen zehn Forderungen auf. Sie verlangen unter anderem die Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit und völlige Auszahlung der Entschädigungssumme, Befestigung der bestehenden Regierung und die sozialistische Führung der Bergwerke durch Einsetzung von Betriebsräten, sofortige Zuweisung von billigen Lebensmitteln und Bezahlung aller Streikschäden. Im Falle des Versagens des alten Bergarbeiterverbandes soll die sächsische Bergarbeiterunion gegründet werden.

Aus Nah und Fern.

Tod durch verdorbenes Schweinefleisch. In Polen starben nach dem Genuß von aus Rußland eingeführtem Schweinefleisch fünf Personen in der Familie eines Junkers.

Grubenexplosion in Mählen. Im Schacht „Reichsland“ in Mählen sind durch eine Explosion 13 Arbeiter getödtet und viele verwundet worden. Eine Anzahl Personen ist noch in der Grube eingeschlossen. Das Unglück ist durch die Explosion einer Riste Sprengstoff entstanden.

Sieben Millionen Jahresverdienst durch gefälschte Transportbescheinigungen. Vor einiger Zeit kam das Prager Wucheramt einem großangelegten Kettenhandel auf die Spur, der seit Jahren mit Hilfe von gefälschten Transportbescheinigungen ausgeübt worden war. Das Haupt dieser Kettenhändlergesellschaft, der Kommissar Kestel, konnte festgenommen werden. Während der Kette Jahre erarbeitete er sich durchschnittlich ein Jahreseinkommen von sieben Millionen Kronen.

Die Pfarren wollen heiraten. . . . Gegen den Zölibat macht sich unter dem katholischen Aleris in Böhmen und Ungarn eine starke Bewegung bemerkbar. In Ungarn hat sich ein Priester r a t gebildet. Tschechische Geistliche drohen mit dem Abfall von Rom, wenn ihre Wünsche hinsichtlich der Priesterhehe nicht erfüllt werden.

Neueste Nachrichten.

Gegen einen neuen Generalstreik.

Berlin, 10. April. Die Parteifunktionäre, Betriebsvertrauensleute und Arbeiterräte des Bezirks Groß-Berlin der S. P. D. protestierten einmütig gegen die Versuche der Unabhängigen, die Berliner Arbeiterschaft in einen neuen Generalstreik hineinzuführen. In der gegenwärtigen Stunde, wo die Herausfassung von Lebensmitteln und Rohstoffen zum Wiederaufbau unserer Volkswirtschaft begonnen hat, schädigt ein Generalstreik die Lebensinteressen der Arbeiterschaft auf das schwerste und bringt uns wirtschaftlichen Tod.

Auf Antrag der Eisenbahnarbeiter der S. P. D. wurde beschlossen, die Parteileitung und Regierung möge sofort einen Aufruf an die Eisenbahnarbeiter und die Beamenschaft richten, welcher dieselben auffordert, sich an kommenden politischen Streiks nicht zu beteiligen. Ferner fordern die Eisenbahner dasselbe Koalitionsrecht wie alle Staatsbürger, das ihnen nach einer kürzlichen Regierungserklärung geschmäuert sein soll.

Die Krise in Paris.

Berlin, 10. April. Aus Paris wird berichtet, daß in der Friedenskonferenz äußerste Nervosität und Gereiztheit herrsche. Es spielen sich dort gegenwärtig Vorgänge von größter internationaler Bedeutung ab. Wilsons Auftreten ist kein bloßer taktischer Zwischenfall. Von amerikanischer Seite wird alles versucht, um dem europäischen Publikum den Ernst der von Wilson herbeigeführten Krise klarzumachen. Ein Senator in Washington sagte, wenn der Kongreß nicht die Macht besitzt, den Krieg mit Deutschland in gemeinschaftlicher Resolution zu beenden, dann werden wir ohne formellen Vertrag, wenn nötig, mit Deutschland Frieden schließen.

Militärische Besetzung des Danziger Bahnhofes.

Dirschau, 10. April. Am den Nachhuh zum Grenzshuh zu fshern, wurde der Danziger Bahnhofsbetrieb militärisch besetzt.

Zur Lage in Bayern.

Würzburg, 10. April. Heute wurde von Regierungstruppen der Bahnhof gestürmt und die Marienburg und das Schloß mit Artillerie beschossen. Die weiße Fahne wurde schnell gehißt. Der neue Räteminister Hogemeister ist festgenommen.

Dr. Heim erließ einen Aufruf, in dem er im Namen von 4 Millionen Bauern gegen den Eingriff in die landwirtschaftlichen Genossenschaften durch die Räteregierung protestiert, die gar keine Landeingegebenen seien. Aus Gründen der Menschlichkeit ist er gegen den häuerlichen Raubzettelbesetzung, ist aber überzeugt, daß das Vorgehen der Räteregierung auf die Bauerschaft aufreizend wirken werde.

Eine holländische Niederlage.

Kopenhagen, 10. April. Nach dem letzten Pressbulletin haben die deutsch-baltisch-lettischen Truppen den Volkswisten 30 Kilometer vor Riga und Mitau in heftigem Kampf eine schwere Niederlage beigebracht. Auch an der estnischen Front wurden sie geschlagen.

In Riga soll ein scharfes holländisches Revolutionsgericht in Tätigkeit sein und täglich viele Opfer fordern.

Sympathiestreik in Rom.

Sugeno, 10. April. Die römische Sozialistenpartei beschloß, heute in den Generalstreik zu treten aus Solidarität mit der deutschen Revolution. Trotz des strengen Verbots öffentlicher Kundgebungen will die Partei Straßenkundgebungen veranstalten. Die Reformisten und Katholiken beschließen Gegenkundgebungen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Wenzel & Co. Sämtlich in Lübeck.

6. Distrikt.
Versammlung
 am Freitag, dem 11. April
 abends 8 Uhr
 bei Stamer, Kronsförder Allee.
 Der Distriktsführer
 Heinz Schwartz.

Danksagung.
 Für die vielen Aufmerksamkeiten, anlässlich der Konfirmation unserer Tochter Helene danken bestens.
 H. Duncker und Frau
 nebst Tochter Helene.
 Fremterfaub 3 bei Lübeck.

Nach langem id wahren in
 Geduld ertragenem Leiden
 entschlief a. Dienstag abend
 8 1/2 Uhr sanft meine liebe,
 unvergessliche Frau, unsere
 gute Mutter u. Großmutter
Margarete Lübsch
 geb. Lebermann
 tief betrauert u. schmerzlich
 vermisst von ihrem Gatten
Karl Lübsch,
 ihr Kindern u. Enkelkindern.
 Beilegung, 9. April 1919.
 Beilegung am Sonnabend,
 12. April, nachm. 8 Uhr, in
 der Kirche zu Wemm. (526)

Nachruf.
 Am 9. April verstarb nach
 langer schwerer Krankheit
 unser lieber Kollege
Heinrich Bähne.
 Wir werden sein Andenken
 stets in Ehren halten
 Beerdigung am Montag
 dem 14. d. Mts., nachm.
 8 Uhr, vom Bestatter
 Friedhof. (528)
**Die Arbeiterinnenschaft
 des Dräherwerks.**

Junge Mädchen, welche Eltern
 die Schule verlassen, können das
 Kolportieren von Ansichtskarten
 erlernen.
 F. Herold, Rosenpark 14/18, II.
 Gehalt zu home oder warte
ein Maurerlehrling.
 F. Castens, Maurermeister.
 Yorkstr. 20. (528)
 Sitz- und Liegewagen billig
 zu verkaufen. (522)
 Dünner Querstraße 5 I.
 Ein Paar Halbhuhe, Gr. 2
 mit 50 oder 60 Eiern umzutauschen
 528) Remmismarkt 71, II. r.
 (Geg. heißt) send. Bitte, Gr.
 42, Nr. Wenzel, Rother, 2 1/2 m
 Rot. Rechenmaschine.
 528) Marktstraße 2. pt.

Sparkasse
Lübecker Genossenschaftsbäckerei
 e. G. m. b. H.
 Der Zinsfuß für die bei uns belegten Gelder
 beträgt vom 1. Mai dieses Jahres ab 3 1/2 %.
 Der Vorstand. (526)

**Zentralverband der
 Handlungsgehilfen.**
Bunter Abend
 Tanz :: Vorträge :: Tombola
 am Sonnabend, d. 12. April,
 in den Sälen des Stadttheaters.
 Anfang 7 Uhr. Karte 2.00 Mk
 Vorverkauf: Verkaufsstelle im Holstenhaus.
 512) Restaurant Gast Eilers, Dager. 110

Gesellschaftshaus Fackenburg.
 F. Krüger (vorm. F. L. Paetz).
 Sonntag, den 12. April 1919
Grosser Eröffnungs-Ball
 Anfang 7 Uhr. (505) Es ladet freundlich ein F. Krüger.
 Freitag und
 Sonntag (505)
Waisenhof. TANZ.

Zu verkf. 2 Ibd. Schultängel
 f. Mädchen. Marktstr. 42 b. H.
 518)
 Zu verkf. neue schwebende
 Anise, Gr. 44 für 16 Mk., mah.
 Tisch, 4 Stühle, Bild.
 527) Brunnstr. 8 a.
 Eine Goldbarre mit Inhalt
 gefunden. Abzuholen (517)
 Kienfeld, Brunnerstr. 80
 Verloren von einer armen
 alten Frau ein Portemonnaie
 mit Anh. in Linie 4 d. Str. Wahn
 a. v. Kohn. b. z. Markt. Weg
 a. gute Belohn. Gläubiger, 6 (524)
 Verl. Mittwoch, d. 9. abds. 6
 Uhr 1 Portem. mit Anh. in de
 Weinrichstr. Weg Belohn. abzu
 holen. (520)
 Weinrichstraße 80.

Verloren blaue Lederhand-
 tasche, Anh.: Gold
 Uhr, Geld. Gegen Belohn. abh.
 522) Murenhauserstr. 7.
 Hebername (528)
Handl. die Arbeiter
 jeder Art m. Schreibm. od. Hand
 n. saub. Musf. als Nebenerwerb.
 Ad. u. W. M. 7 an d. Gr. v. Bl.
**Fahrrad-
 Reparaturen**
 werden schnell u. billig ausgef.
 Richard Israel, Mühlstr. 31.
Pianist, 522) Weckerstr. 22

**Lübeckische
 Beleihungskasse
 für Hypotheken.**
 Geschäftsstelle: (511)
 Fleischhauerstraße 18, Zimmer 6.

Alle Arbeiter
 kaufen gern und gut ihre
 Arbeitskleidung bei (510)
Otto Albers
 Markt 4, Kohlmarkt 10.
 Mittel des Rab.-Spart. Cabera.

Bilderleisten
 einrahmungen
 Oscar Tauchnitz, Glashandlg.,
 Fleischhauerstr. 35, Fernruf 2509
Kartenbriefe
 sind vorräthig.
 Buchdruckerei Fr. Meyer & Co

Korbmöbel
 wieder eingetroffen.
Rudolph Karstadt
 Rom.-Gei.

HOLSTENHAUS
 G. M. B. H. LUEBECK.
**Billige
 Konfirmanden-Anzüge**
 aus dunkelblauen Diagonal-Stoffen, ein- und zweireihig
238 Mk. und 210 Mk.
 Berufs-Anzüge schräg u. gerade geknüpft, aus dunkel-
 blauen Halbleinen und Körper 31.00 **2750**
 Arbeits-Jacken für Jünglinge
 hochgeschlossen, kleingemustert 24.50 **2150**
 Beinkleider für Jünglinge
 aus kleingemusterten Stoffen 31.50 **2450**
 (525)

Dachpappe
 billigst (528)
Carl Schmidt
 Lindenstraße 37 a.
Koffinen ohne Steine
 1/2 Fbd. 2.80 Mk.
Kaffee-Gras marken-
 frei
 1-Pfd.-P. 1.16, 1 Fbd. 1.12 Mk.
Sauer Kohl
 1 Fbd. 25 A. 10 Fbd. 2.30 Mk.
Feste Salzgurken
 1 Fbd. 1.20 Mk.
Feste Bohnermasse
 1 Fbd. 3.50 Mk.
Flüssige Bohnermasse
 1 Fbd. 3 Mk., 5 Fbd. 14 Mk.
Eduard Speck,
 530) Döbberstraße 80 u. 82.

Bekanntmachung.
 Infolge der ständig steigenden Löhne, der hohen
 Pferde- und Futterpreise und der jetzigen hohen Be-
 triebskosten, sowie der Einführung des 8-Stunden-
 tages, sieht sich der Verein Lübecker Fuhrherren ge-
 nötigt, die Preise für Leistungen wie folgt **ab heute**
 festzusetzen:
 Für eine Tagesleistung 70 Mk.
 " " bei Mittagfütterung
 außer Stall 75 "
 " " bei Landtouren 90 "
 " Stundenlohn innerhalb der Stadt 10 "
 " eine einzelne Fuhr 20 "
 " " " bei weiterer Ent-
 fernung 25 "
 " " Fuhr Mauer sand mit Lieferung
 (1 1/2 cbm) 25 "
 " " (1 1/2 cbm) bei weiterer Entfernung 30 "
 Die Leistungen verstehen sich für einen Zwei-
 spanner mit Kutscher.
 Die Arbeitszeit wird gerechnet vom Stall bis in
 den Stall. (540)
Verein Lübecker Fuhrherren.

Hansa-Halle
 Morgen Freitag: **Gr. Tanzkränzchen.**
 Anfang 6 Uhr. (521) J. Rieck.

Walter Bloem
„Sturmsignal“
 Es ist ein Buch aus einer für alle Ewigkeit vergangenen
 Zeit. Aber es ist Wahrheit, es ist Geschichte! Wie der Ver-
 fasser dieses Buches, so haben Millionen deutscher Soldaten den
 Weltkrieg gelebt, miterlebt und durchgelitten. So im tiefsten,
 verzerrten Glauben an die Gerechtigkeit unserer Sache.
 und darum, weil dieses Buch im heiligen Glauben geschrieben
 wurde, — soll es dem deutschen Volk in die Hand gelegt werden
 als ein Zeugnis des Geistes, der seine Streiter im Kampfe be-
 feht und von Sieg zu Sieg geführt hat. — Die Walter Bloem
 in seinem „Sturmsignal“, einem Werk von höchster Eigenart und
 beispiellosem Erfolg, seine eigenen Kriegserlebnisse wahrheits-
 getreu geschildert hat, so hat er auch jetzt im „Sturmsignal“
 einen zweiten Abschnitt seiner unerhörten triegerischen Geistes-
 reife für die Mit- und Nachwelt aufgeschrieben. Als eine Urkunde
 aus großer Zeit wird das „Sturmsignal“ auch heute noch die
 gleiche und bewährte Befriedigung finden, wie die anderen,
 früheren Bloem'schen Schöpfungen.
 Vorrätig bei
Rudolph Karstadt, Lübeck

Deutscher
Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Lübeck.
Versammlung
 der
Elektriker
 am Sonnabend, dem 12. April
 abends 8 Uhr
 im Holsteinischen Haus,
 Marktgrube 22.
 Tagesordnung:
 Bericht der Kommission über die
 Verhandlungen mit den Unter-
 nehmern.
 Es ist Pflicht eines jeden
 Kollegen in dieser Versammlung
 zu erscheinen.
 541) Die Ortsverwaltung.


Arbeiter-Radfahrer-Verein
„Solidarität“.
 Ortsgruppe Lübeck.

General-Versammlung
 am Freitag, dem 11. April
 abends 7 1/2 Uhr
 im Gewerkschaftshaus
 Johannisstr. 50—52.
 Wegen der wichtigen Tages-
 ordnung ist das Erscheinen aller
 Mitglieder erforderlich.
 513) Der Vorstand.

Kücknitz
W. Dieckelmanns Gasthof
 Freitag, den 11. April 1919:
Tanzkränzchen
 Anfang 7 Uhr. (529)
 Nach Schluß Extravasa. n. 9 Uhr.

**HANSA
 THEATER**
 Donnerstag, abends 7.15 Uhr:
 Zum ersten Male!
Die Fahrt ins Glück.
 Freitag:
Hanni geht tanzen.
 Sonnabend: (514)
Die Fahrt ins Glück.
 Sonntag:
Die Fahrt ins Glück.

Stadttheater Lübeck.
 Spielzeit 1918/19. (521)
 Donnerstag, den 10. April:
 40jähriges Bühnenjubiläum
 von Herrn Direktor
 Ernst Albert.
Raub der Sabinerinnen.
 Striese: Direktor Ernst Albert.
 Freitag, den 11. April:
 Außer Abonnement.
 1. Gastspiel Kammersänger
 Bohnen vom Staatsopernhaus
 in Berlin:
Margarete.
 Mephisto: Michael Bohnen.
 Sonnabend, den 12. April:
Der Troubadour
 Manrico: Kurt Wollram vom
 Stadttheater in Dessau als
 Gast auf Engagement.
 Sonntag, den 13. April:
 nachmittags 3 Uhr:
Im weißen Röhl.
 Abends 7 Uhr:
 2. Gastspiel Kammersänger
 Michael Bohnen.
Die verkaufte Braut.
 Keczal: Heiratsvermittler
 Michael Bohnen.

Zweiter deutscher Räte-Kongress.

Nach Eröffnung der Mittwochsitzung um 9 1/2 Uhr vormittags stellte auf Anfrage von Dr. Rosenfeld Präsident Hauschild mit, daß der Justizminister in einem Schreiben erklärt habe, er habe von der Weitergabe des Antrages betreffend Haftentlassung Ledebours an das Gericht abgesehen, weil als Grund nur die vermeintliche Immunität Ledebours in Frage komme, die nach Lage der Verhältnisse nicht als begründet anzuerkennen werden könne. (Rufe bei den Unabhängigen: Psui!)

Dr. Rosenfeld meint, diese Stellungnahme des Justizministers zeige, daß er, Rosenfeld, mit Recht von einer Verhöhnung des Rätekongresses gesprochen habe. Er schlägt vor, daß der Kongress sich nunmehr nochmals umgehend direkt an das Gericht wende. Mit diesem Vorschlag erklärt sich der Vorsitzende einverstanden. Ein Schreiben des Kongresses solle durch einen bevollmächtigten Boten sofort dringend dem Untersuchungsrichter übergeben werden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird ferner die Dringlichkeit eines Antrages betreffend Haftentlassung von Brandes-Magdeburg und der Zentralratsmitglieder Hegel und Böllers nach kurzer Befürwortung der Dringlichkeit durch Schmitt-Dortmund mit großer Mehrheit angenommen.

Zur sachlichen Begründung des Antrages bemerkt Vork-Magdeburg (Soldatenrat), die Verhaftung Brandes ist nicht zu verantworten, weil man ihm überhaupt nicht das Geringste nachweisen kann. Wir haben in einer Versammlung in Magdeburg uns lebhaft gegen die Antriebe reaktionärer Offiziere gewandt. In der Versammlung stellte allerdings ein Mitglied der Mehrheitspartei den Antrag auf Anschluß an die Sowjetregierung. Dieses Mitglied der Mehrheitspartei, Böllers, ist mitverhaftet worden. Die Mehrheit der Versammlung, auch Brandes nicht, stellte sich nicht auf den Standpunkt Böllers. Auch in einer späteren Versammlung, wo ich den Vorschlag führte, hat man sich lebhaft auf einen Standpunkt gestellt, mit dem sich wohl alle Mehrheitssozialisten einverstanden erklären können. Wir hatten auch Bedenken gegen das Anwachen der Freiwilligenverbände. Ein Vertreter der Mehrheitspartei ist mit einem konservativen Mitglied der Nationalversammlung nach Weimar gefahren und hat sich dort eine Vollmacht zur Bildung einer Bürgerwehr ausstellen lassen. (Redner versteht den Wortlaut dieser Vollmacht.) Wenn einer unschuldig ist, dann ist es wahrhaftig Brandes, der überall zu verurteilen versucht.

Schimmeler-Stuttgart (Soz.): Es ist gefährlich, in einem Augenblicke, wo diese Sache noch schwärzt, zu herablassenden Bedauerlichen Vorkommnissen Stellung zu nehmen. Wir müssen erst einwandfreies Material haben. Wir stehen deshalb auf dem Standpunkt, daß es unmöglich ist, gegenwärtig dem Antrage zu entsprechen, erwarten aber von der Regierung baldige Vorlegung des Tatsachenmaterials.

Der Vorsitzende des Korpsverbandes der vereinigten aktiven Unteroffiziere des 12. und 16. Infanteriecorps unterstützt den Antrag auf Haftentlassung. Wir sind Soldaten, wollen uns aber nicht politisch entziehen lassen, sonst hätten wir keine Revolution gebraucht. In einem Notizbuch des Generalstabchefs hat sich ein Vermerk gefunden: „Anträge der Unteroffiziere gehen in den Papierkorb.“ (Hört, hört!)

Kunz-Birnbaum (Dem.): Wir bedauern lebhaft die Magdeburger Vorgänge, die uns aber nicht so hinreichend bekannt sind, daß wir ein abschließendes Urteil fällen können. So lange kein gerichtlicher Beschluß vorliegt, müssen wir das Weitere abwarten.

Köhler (Unabh.): Es sind Töne (zu den Mehrheits-Soz.) eigenen Parteigenossen, die davon betroffen worden sind. Verhindern Sie durch Annahme unseres Antrages wenigstens das Blutvergießen. Der Kampf ist im Gange.

Hermann Müller: Die Magdeburger Vorgänge sind außerordentlich bedauerlich, aber hier handelt es sich um Stellungnahme gegenüber Behauptungen, deren Richtigkeit wir im einzelnen jetzt nicht nachprüfen können. Wir wissen nicht, ob das hier vorgetragene Material zum Haftbefehl führte. (Zuruf: Spitzelmaterial!) Ich bitte, solche Verdächtigungen und Beleidigungen zu unterlassen, wir haben niemals Spitzelmaterial benutzt. Wenn Sie nur auf Grund des vorgetragenen Materials so schwerwiegende Beschuldigungen fassen wollen, so dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Ihre Beschuldigungen keine Autorität mehr haben. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.)

Ein Magdeburger Vertreter der Mehrheitssozialisten stellt fest: Genosse Beitz hat ausdrücklich erklärt, daß er nicht mit einem konservativen Vertreter in Weimar in Angelegenheit der Bürgerwehr gewesen ist. Genosse Böllers ist sicher noch ein junges Mitglied der Partei und ein soz. Novembersozialist, der zweifellos in engem Zusammenhang mit den Unabhängigen

gen arbeitet, und von jenen sicher erst geleitet hat. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Genosse Brandes hat uns erklärt: „Nun, Ihr richtet Euch schon ein in Magdeburg. Bildet Ihr Euch ein, daß Ihr hierherkommt? Ihr werdet hinweggejagt.“ Wie man den Minister Landsberg in Magdeburg behandelt hat, spottet geradezu über die Behauptung. Ich beantrage, daß wir die Regierung auffordern, sofort die Sache zu prüfen und uns umgehend das Material mitzutun.

Nach weiterer kurzer Debatte wird einstimmig ein Antrag Rosenfeld angenommen, sofort eine Kommission, bestehend aus je einem Vertreter jeder Fraktion, zu ernennen, die sich mit dem Material der Soldatenfraktion zu besonde, mit ihm über die Angelegenheit spricht und dem Kongress Bericht erstattet. Eingetragen ist ein Antrag der Unabhängigen:

„Heute mittags 12 Uhr wird der Generalstreik im Ruhrgebiet in seine Schluphase, in den entscheidenden Abschnitt, eintritt. Infolge der Bergarbeiterforderungen nicht erfüllt werden, sollen auf Beschluß der Arbeiterschaft auch die erforderlichen Kohlenarbeiter eingestellt werden. Der Kongress fordert von der Regierung eine sofortige Erklärung über ihre Stellung in dieser äußerst gefährlichen Lage.“

Reichsernährungsminister Robert Schmidt: Gestern Abend ist der Minister Bauer nach dem Ruhrgebiet zur Einleitung von Verhandlungen mit den Streikenden gefahren. Da die Regierung sich bemüht, die Verständigung mit den Streikenden herbeizuführen, so möchte ich Ihnen anheimgeben, ob der Antrag nicht dadurch erledigt ist. Im übrigen bedauere ich besonders von meinem Standpunkt aus, diesen Zustand, der das deutsche Volk in außerordentliche Gefahren in bezug auf unsere Lebensmittelförderung und unser ganzes Wirtschaftsleben bringt. In der Hauptsache handelt es sich in diesem Streik um politische Forderungen. Gegenwärtig ist es ganz unmöglich und unhaltbar, wenn die Regierung durch Generalstreiks gezwungen werden soll, diesen oder jenen Standpunkt einzunehmen, und wenn als Mittel dafür in Anwendung gebracht wird, die Schädigung der gesamten deutschen Bevölkerung. Ich würde es deshalb in hohem Maße bedauern, wenn nicht auch hier die Exzessivität ausgesprochen wird, daß eine derartige Mißbräuchlichkeit der Verhöhnung und Unterdrückung unseres gesamten Wirtschaftslebens und Wohlergehens äußerste Mißbilligung hervorruft. Die von uns eingeführten Organe zur Verständigung sind nicht in Anspruch genommen worden, sondern die Forderungen sind in roher brutaler Weise gestellt worden. Das kompromittiert uns im Auslande und macht es uns unmöglich, Lebensmittel einzuführen, wenn in solcher wüsten Weise mit den Bestrebungen der Nation verfahren wird. Ich appelliere an den Kongress, wenn es ihm ernst ist, um den wirtschaftlichen Wiederaufbau, daß er keine Sympathien ausdrückt für eine Bewegung, hinter der nichts anderes steht, als der Terror einer kleinen Kastei. (Lebhafter Beifall, großer Lärm bei den Unabhängigen.)

Gegen den Vorschlag des Vorsitzenden, nach dieser Erklärung der Regierung die Angelegenheit zurückzustellen, bis nach Eintreffen der endgültigen Entscheidung der Reichsregierung, ergreifen die Unabhängigen Widerspruch.

König-Halle (U. S.): Es ist durchaus notwendig, auf diese ganz unerhörten Angriffe des Ministers hier zu erwidern. Wir sind nicht dazu verurteilt, in jeder Minute eine Diskussion heraufzubekommen, wenn es einem Mitglied beliebt. Wir machen uns sonst arbeitsunfähig. Wir können in diesem Augenblicke nicht abstimmen über die Haltung der Arbeiterschaft und der Regierung im Ruhrgebiet, wir haben keine Ahnung vom Stand der Dinge und würden anderfalls diese Körperschaft zu einer Agitationsversammlung machen, die den besten Charakter annehmen muß. (Lebhafter Beifall.)

Cohen-Reuß (Zentralrat): Ich unterbreite, was der Vorstand jagte, aber wenn es Tatsache ist, daß die Schächte zum Erlaufen gebracht werden sollen, so haben wir allerdings die Pflicht, zu handeln, wir müssen an die gesamte Arbeiterschaft im Ruhrkohlenrevier appellieren, gleichgültig, auf welchem Standpunkt sie steht, um Deutschland vor einem unermeßlichen Unglück zu bewahren. Ich schlage deshalb folgende Resolution des Zentralrats vor: „Der zweite Rätekongress, der durch die unmittelbaren Vertreter des gesamten werktätigen deutschen Volkes beauftragt ist, appelliert an die streikenden Ruhrbergleute, unter allen Umständen die sogenannten Kohlenarbeiter auszuführen, damit das deutsche Volk von dem furchtbaren Unglück verschont wird, das mit dem Erlaufen der Schächte eintreten könnte.“ Damit enthalten wir uns jeder Parteimahne.

Kaliski erklärt im Namen der Fraktion der sozialdemokratischen Mehrheit, daß diese der Resolution selbstverständlich zustimme. Eine Arbeiterschaft, die uns die Kohlenbeschaffung ersuchen läßt, erkauft die deutsche Revolution. (Lebhafter Beifall. Großer Lärm bei den Unabh.)

Dr. Geyer (U. S.): Niemand hat ein Interesse daran, daß die Schächte erlaufen. (Zuruf: Die Unabhängigen!) Gerade die Unabhängigen waren mit allen Kräften dagegen. (Zuruf: Schwimbel!) Eine Arbeiterschaft, die deutsche Kohlenbergwerke erlaufen läßt, veranlaßt sich selbst ihrer Zukunftsaussicht. Wir werden uns nicht dagegen wenden, daß ein Appell an die Arbeiter gerichtet wird, aber wer trich die Bergarbeiter zu dieser Verzweiflung? (Zuruf: Ihr, Ihr!) Trotz des Beschlusses des Rätekongresses auf unverzügliche Sozialisierung der Bergwerke ist nichts geschehen, deshalb der Streik! Weshalb hat der Zentralrat sich nicht darum gekümmert? Es muß nicht nur an die Bergarbeiter, sondern auch an die Regierung appelliert werden, daß sie Ernst macht mit sozialistischen Maßnahmen, es muß sofort erklärt werden, daß die Regierung mit allen Mitteln gegen das Unternehmertum vorgeht und Ernst macht mit Ablösung der Kapitalrenten. Nur unter dieser Voraussetzung können wir der Resolution zu.

Reichsernährungsminister Robert Schmidt: Aus allen Verhandlungen der Regierung mit den Bergarbeitern hier und in Weimar sind beachtliche Ergebnisse hervorgegangen. Ich habe ausdrücklich den Bergarbeitern versprochen und werde das aufrecht erhalten, daß sie besondere Zuwendungen aus dem vom Auslande hereingekommenen Lebensmitteln erhalten, und somit vor allen anderen Kreisen der Bevölkerung bevorzugt werden. Aber ich stehe auch der Tatsache gegenüber, daß alle diese Bemühungen der Regierung erfolglos gewesen sind und immer wieder neue Anforderungen gestellt wurden, daß mit einem Preisionsmittel droht, das in jeder Beziehung verwerflich ist. Wenn die Herren Unabhängigen sagen, sie sind nicht dafür, so sage ich: wo wart Ihr im Ruhrgebiet, um die Arbeiter aufzufordern, zu dieser Forderung nicht zu greifen? Kein einziger von Euch hat das getan. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Ich erinnere auch daran, daß man sich nicht scheut hat, den Großstädten mit einem Streik der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke zu drohen. (Großer Lärm bei den Unabhängigen.) Da wird die Regierung auf keinen Fall nachgeben.

Rickard Müller: Wir sind gegenwärtig in derselben Lage wie beim letzten Berliner Generalstreik. Warum konnte mit einem Streik in den Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken gedroht werden? Weil die Streikenden so erbittert waren, daß es uns nicht möglich war, sie in der Hand zu behalten, und zwar waren sie erbittert durch das Wüten der Regierungstruppen. Die Regierung wird nicht nachgeben. Nun, dann erlaubt man die Forderungen. (Großer Lärm.) Auch die Regierung ist dann laub. Nehmen Sie einstimmig beide Anträge an, und dann wollen wir sehen, ob Sie den Mut haben, von der Regierung zu fordern, daß sie den Verhältnissen Rechnung trägt.

Stoll (Soldatenrat): Die Soldatenfraktion läßt ihren einzelnen Mitgliedern in dieser Frage freie Hand. Ich kann nur für einzelne Mitglieder erklären, daß wir dafür sind, daß die Kohlenarbeiter ausgeführt werden (Beifall), daß wir andererseits ganz energisch an die Regierung den Appell richten, ihr sozialistisches Gewissen wieder etwas zu rühren.

Loos (Dem.): Treten Sie geschlossen ein für die Resolution des Zentralrats. Es ist unerhörlich von den Unabhängigen, in dieser Stunde so etwas zu beantragen. (Großer Lärm bei den Unabh.)

Kaliski: Eine Erklärung der Regierung ist zugefagt, jede Erklärung muß also verlegt werden, bis diese Erklärung der Regierung vorliegt. Ich beantrage Schluß der Debatte.

Brach-Ramscheid (U. S.) spricht gegen den Schlußantrag. Dem Gegner das Wort abzugeben, ist eine Taktik, die bisher bei Sozialdemokraten nicht üblich war. (Große Unruhe.) Wir wissen ja, daß Ihr (zu den Mehrheits-Soz.) keine Sozialisten mehr seid. (Große Unruhe bei den Mehrheits-Soz.) Wir wissen aber auch, daß alle diejenigen, die nicht mehr Sozialisten sind, durch die Bewegung sehr schnell über Bord geworfen werden.

Der Schlußantrag wird mit großer Mehrheit angenommen. Die Resolution des Zentralrats wird in der Abstimmung zunächst nahezu einstimmig angenommen. Der Vorsitzende hatte aber, ohne diesen neuen Antrag zur Befassung zu bringen, gleich mit abstimmen lassen über einen Zusatzantrag der Unabhängigen zu dieser Resolution, wonach am Schluß hinzugefügt werden sollte: „Der Kongress wird sofort die Reichsregierung ersuchen, die berechtigten Forderungen der Bergarbeiter zu erfüllen.“ Als das Begehren bemerkt wurde, wurde aus der Versammlung das Begehren nach einer neuen Abstimmung laut, und es kam zunächst zu einer Geschäftsordnungsdebatte über den neu eingebrachten Antrag der Unabhängigen.

Kaliski: Ich muß es zurückweisen, irgend welche uns nicht bekannte Forderungen als berechtigt anzuerkennen. Wenn z. B. die Sechshundertschaft gefordert wird mit 25 Prozent Zuschlag zu den gleichen Löhnen wie vorher, so muß diese Forderung

Der Schimmelreiter.

Novelle von Theodor Storm.

14. Fortsetzung.

„Ja, Marten“, sagte Die Peters, der dem Sprecher gegenüber saß, „recht hast du, er ist hinterlistig und sucht beim Oberdeichgraf sich 'nen weissen Fuß zu machen; aber wir haben ihn nun einmal!“

„Warum habt ihr ihn euch aufhuden lassen?“ sagte der andere, „nun müßt ihr's bar bezahlen.“

Die Peters lachte. „Ja, Marten Feppers, das ist nun so bei uns, und davon ist nichts abzufahren: der alte wurde Deichgraf von seines Vaters, der neue von seines Weibes wegen.“ Das Gepläher, das jetzt um den Tisch lief, zeigte, welchen Beifall das geprägte Wort gefunden hatte.

Aber es war an öffentlichen Wirtstafel gesprochen worden, es blieb nicht la, es lief bald um im Geiste wie unten in dem Maschdor; so kam es auch an Hauke. Und wieder ging vor seinem inneren Auge die Reihe übelwollender Gestalter vorüber, und noch höhniischer, als es gewesen war, hörte er das Gepläher an dem Wirtshausstische. „Gunde!“ schrie er, und seine Augen sahen grimmig zur Seite, als wolle er sie peitschen lassen.

Da legte Elke ihre Hand auf seinen Arm: „Daß sie! Die wären alle gern, was du bist!“

„Das ist es eben!“ entgegnete er grölend.

„Und“, fuhr sie fort, „hat denn Die Peters sich nicht selber ein-geliefert?“

„Das hat er, Elke; aber was er mit Bollina freite, das reichte nicht zum Deichgrafen!“

„Sag lieber: er reichte nicht dazu!“ und Elke drehte ihren Mann, so daß er sich im Spiegel sehen mußte; denn sie standen zwischen den Fenstern in ihrem Zimmer. „Da steht der Deichgraf!“ sagte sie; „nun sieh ihn an; nur wer ein Amt regieren kann, der hat es!“

„Du hast nicht unrecht“, entgegnete er sinnend, „und doch... Nun, Elke; ich muß zur Oberdeichgrafe; die Türen schließen wieder nicht!“

Sie drückte ihm die Hand: „Komm, sieh dich erst einmal an! Was hast du, deine Augen sehen so ins Weite?“

„Nichts, Elke; du hast ja recht.“

Er ging; aber nicht lange war er gegangen, so war die Schleusenwärterin vergessen. Ein anderer Gedanke, den er, halb nur ausgebadet und seit Jahren mit sich herumgetragen hatte, der aber vor den drängenden Amtsgeschäften ganz zurückgetreten war, bemächtigte sich seiner jetzt aufs neue und mächtiger als je zuvor, als seien plötzlich die Flügel ihm angewachsen.

Raum, daß er es selber wußte, befand er sich oben auf dem Sandeich, schon eine weite Strecke südwärts nach der Stadt zu; das Dorf, das nach dieser Seite hinauslag, war ihm zur Linken längst verschwunden; nach immer schritt er weiter, seine Augen unablässig nach der Seefeele auf das breite Vorland gerichtet; wäre jemand neben ihm gegangen, er hätte es sehen müssen, wie ein eindringliche Geistesarbeit hinter diesen Augen vorging. Endlich blieb er stehen; das Vorland schwand hier zu einem schmalen Streifen in dem Deich zusammen. „Es muß gehen!“ sprach er bei sich selbst. „Sieben Jahre im Amt; sie sollen nicht mehr sagen, daß ich nur Deichgraf bin von meines Weibes wegen.“

Noch immer stand er, und seine Blicke schweiften scharf und bedächtig nach allen Seiten über das grüne Vorland; dann ging er zurück, bis wo auch hier ein schmaler Streifen grünen Weidelandes die vor ihm liegende breite Landfläche ablöste. Hart an dem Deiche aber schloß ein harter Meeresstrom durch diese, der fast das ganze Vorland von dem Festlande trennte und zu einer Hallig machte; eine rohe Holzbrücke führte nach dort hinüber, damit man mit Vieh und Heu- oder Getreidewagen hinüber und wieder zurück gelangen könne. Jetzt war es Ebbezeit, und die goldene Septembersonne glitzerte auf dem etwa hundert Schritte breiten Schlickstreifen und auf dem tiefen Prießel in seiner Mitte, durch den auch jetzt das Meer noch seine Wasser trieb. „Das läßt sich dämmen!“ sprach Hauke bei sich selber, nachdem er diesem Spiele eine Zeitlang zusehen; dann bläute er auf, und von dem Deiche, auf dem er stand, über den Prießel hinweg, zog er in Gedanken eine Linie längs dem Rande des abgetrennten Landes, nach Süden herum und ostwärts wiederum zurück über die dortige Fortsetzung des Prießels und an den Deich heran. Die Linie aber, die er unsichtbar gezogen hatte, war ein neuer Deich, neu auch in der Konstruktion seines Profils, das bis jetzt nur noch in seinem Kopfe vorhanden war.

„Das gäbe einen Rogg von zitta tausend Demar“, sprach er lächelnd zu sich selber; „nicht groß tut; aber...“

Eine andre Kalkulation überlam ihn, das Vorland gehörte hier der Gemeinde, ihren einzelnen Mitgliedern eine Zahl von Anteilen, je nach der Größe ihres Beteiligens im Gemeindebesitz oder nach Luft zu Recht bestehende. Er begann anzunehmen zu zählen, wie viele Anteile er vorzulegen, wie viele er von Elkes Vater übernommen, und was an solchen er während seiner Ehe schon selbst gekauft hatte, teils in dem dunklen Gefühl einer zukünftigen Vorteils, teils bei Vermehrung seiner Scharzucht. Es war schon eine ansehnliche Menge; denn auch von Die Peters hatte er dessen sämtliche Teile angekauft, da es diesem zum Verdruss geschlagen war, als bei einer teilweisen Ueberströmung ihm sein bester Schafbock ertrunken war. Aber das war ein seltsamer Unfall gewesen; denn, soweit Haukes Gedächtnis reichte, waren selbst

bei hohen Fluten dort nur die Ränder überflutet worden. Welch treffliches Weideland und Kornland müßte es geben und von welchem Werte, wenn das alles von seinem neuen Deich umgeben war! Wie ein Raubstiefel es ihm ins Gehirn; aber er preßte die Nägel in seine Handflächen und zwang seine Augen, klar und nüchtern zu sehen, was dort vor ihm lag: eine große weidliche Fläche, wer wußte es, welchen Stämmen und Fluten schon in den nächsten Jahren preisgegeben, an deren äußerstem Rande jetzt ein Trupp von schmutzigen Schafen langsam grafsend entlang wanderte; dazu für ihn ein Hausen Arbeit, Kampf und Tergel! Trotz alledem, als er vom Deich hinab und den Fußsteig über die Fennen auf seine Werkte zuzug, ihm war's, als bräute er einen großen Schatz mit sich nach Hause.

Auf dem Fluß trat Elke ihm entgegen: „Wie war es mit der Schleufe?“ fragte sie.

Er sah mit geheimnisvollem Lächeln auf sie nieder: „Wir werden bald eine andere Schleufe brauchen“, sagte er; „und Sie len und einen neuen Deich!“

„Ich verstehe dich nicht“, entgegnete Elke, während sie in das Zimmer gingen: „was willst du, Hauke!“

„Ich will“, sagte er langsam und hielt dann einen Augenblick inne, „ich will, daß das große Vorland, das unsrer Hofstatt gegenüber beginnt und dann nach Westen ausgeht, zu einem festen Rogge eingedeicht werde: die hohen Fluten haben fast ein Menschenalter uns in Ruhe gelassen; wenn aber eine von den schlimmsten wiederkommt und den Anwasch stört, so kann mit einem Male die ganze Herrlichkeit zu Ende sein; nur der alte Schleusen-drian hat das bis heute so lassen können!“

Sie sah ihn voll Erstaunen an: „So schiffst du dich ja selber“ sagte sie.

„Das tu ich, Elke; aber es war bisher auch so viel anderes zu beschaffen!“

„Ja, Hauke; gewiß, du hast genug getan!“

Er hatte sich in den Rehnstuhl des alten Deichgrafen gesetzt, und seine Hände griffen fest um beide Lehnen.

„Hast du denn guten Mut dazu?“ fragte ihn sein Weib.

„Das hab' ich, Elke!“ sprach er haltig.

„Sei nicht zu rash, Hauke, das ist ein Wert auf Tod und Leben; und fast alle werden dir entgegen sein, man wird dir beim Müß' und Sorg' nicht danken!“

Er nickte: „Ich weiß!“ sagte er.

„Und wenn es nun nicht gelänge!“ rief sie wieder; „von An-desbeinen an hab' ich gehört, der Prießel sei nicht zu stopfen, und darum dürfe nicht daran gerührt werden.“

„Das war ein Vorwand für die Faulen!“ sagte Hauke; „wenn halb denn sollte man den Prießel nicht stopfen können?“

Fortsetzung folgt.

